

Politische Rundschau. Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wohnte am Freitag, nachdem er zuvor Truppenbesichtigungen vorgenommen, der Beerdigungsfeier für den verstorbenen Generalobersten v. Pape bei.

* Beim Fürsten Bismarck waren am Mittwoch 116 Vertreter von 72 sächsischen Städten, die dem Fürsten das Ehrenbürgerrecht verliehen haben. Sie überreichten ihm den gemeinsamen Ehrenbürgerbrief.

* In dem Nachtragsteil für die Verwaltung des Nord-Ostsee-Kanals, der am Mittwoch dem Bundesrat zugegangen ist, sind die Forderungen der Gehälter der Beamten enthalten, denen die Kanalverwaltung anvertraut werden soll. Wie die Post mitteilt, soll an ihrer Spitze ein Präsident stehen, für dessen Posten der Scheinminister v. Loewe aussersehen sein soll. Dem Präsidenten stehen dann ein technischer und ein Vertriebsdirektor zur Seite. Für die Stelle des letzteren wird die Wahl vorwiegend auf den Kapitän zur See z. D. Pirral fallen, der bereits jetzt mit der Wahrnehmung der Geschäfte betraut ist.

* Dem Bundesrat liegt schon seit einiger Zeit eine Novelle zu dem Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftsgesetz vor. Voraussetzlich werden ihm noch einige Ergänzungen zu der Novelle zugehen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um eine Aenderung des Gesetzes dahin, daß im Interesse der Kaffeisessenden Klassen eine Besimmung getroffen wird, wonach der Gewinn der Genossenschaften auch zu einem unteilbaren Vereinsvermögen angeammelt werden kann, das dann zugleich die Bildung eines besonderen Reservefonds mindlich macht. Die Bundesregierungen sind bereits durch ein Rundschreiben um Prüfung dieser neuen Ergänzungen ersucht worden.

* Im Petitionsausschusse des Reichstags wurden am Mittwoch Petitionen beraten, von denen einige die Gewährung eines Ehrensoldes für die Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870, andere einen Ehrensold für die Inhaber des Eisernen Kreuzes verlangen. Die Petitionen wurden von den Regierungsvertretern als undurchführbar erklärt. Der Ausschuss beschloß sämtliche Petitionen, auch die, die eine Entschädigung für Zivilverorgungsberichtigte befürworteten, die von ihrem Berechtigungschein keinen Gebrauch gemacht haben, der Regierung als Material für eine etwaige Novelle zum Militärpensionsgesetz zu überweisen.

* Die Gewerbeordnungscommission des Reichstags nahm eine Resolution an: der Reichskanzler solle einen Gesetzentwurf über die Erleichterung der Gewerbe-Regulierung vorlegen, die, zur Beschleunigung über gewerbetreibende Angelegenheiten beraten, aus einem Staatsbeamten als Vorsitzenden und zur Hälfte aus Nichtgewerbetreibenden gebildet wären.

* Das Reichs-Versicherungsamt hat den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten eine revidierte Geschäftsamweisung, betreffend die Auszahlungen durch die Post, zugehen lassen. Die neue Geschäftsamweisung enthält Abweichungen von der allgemeinen nur insoweit, als die nunmehr zu beschließenden Bestimmungen des Gesetzes über die Erstattung von Beiträgen an weibl. Versicherte, die sich verheiraten, und an hinterlassene geordneter Versicherte dies geboten erscheinen lassen.

Ungarn.
* Der Wortlaut des Handbuchs, mittels welchem Kaiser Franz Joseph das Entlassungsgesuch Kalnoky's abschloß, hat in Pest große Aufregung hervorgerufen und den Minister zu entscheidenden Entschlüssen veranlaßt. Der Minister Baron Josika ist zum Kaiser nach Pola abgereist, man glaubt, als Ueberbringer des Entlassungsgesuchs Kalnoky's und aller seiner ungarischen Ministerkollegen.
* Im Wiener Abgeordnetenhaus scheint die Gefahr eines aus den Reihen der Koalitions-mehrheit unterstützten Interpellationsfeldzugs gegen Kalnoky und Bartsch beängstigend. Auf eine Interpellation im Parlament und nach den Auf-

klärungen des Staatsministers v. Madaehy folgte der erwähnte Klub eine Resolution, in der der gegenwärtigen Regierung Vertrauen bezüglich der Behandlung der kirchenpolitischen Fragen ausgedrückt und die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß die Freiheit der Beziehungen zwischen dem päpstlichen Stuhle und den gläubigen Katholiken keinerlei Beeinträchtigung erleiden werde.

Italien.

* Der bekannte Kardinal Hohenlohe hatte kürzlich an einer Festsitzung, die der italienische Minister des Auswärtigen Blanc veranstaltete, einen Trinkspruch auf Crispi ausgebracht, woraus man auf die gegenwärtigen besseren Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem königlichen Italien schließen wollte. Jetzt verlautet indessen mit Bestimmtheit, daß der Papst dem Kardinal Hohenlohe seine Unzufriedenheit über dessen Auftreten ausgedrückt habe.

England.

* Im englischen Unterhause beantragte das Mitglied Anor die zweite Lesung der Bill betr. die Aufhebung des Zwangsgesetzes für Irland. Der Chefsekretär für Irland, Morley, stimmte dem Antrage zu, beantwortete jedoch die Ausrecherhaltung einiger Bestimmungen des Zwangsgesetzes. Gegen das Ende der Rede Morleys erhob sich O'Donovan-Rossa (früher viel genannt als Haupt der in Nordamerika lebenden irischen Dynamitarden), der auf der Fremdentribüne der Sitzung heimohnte, und tief laut: „In diesem Hause ist ein tödlicher Streich gegen meinen Namen geführt und meine Ehre besetzt worden. Darum will ich sagen, ...“ Weiter konnte Rossa nicht sprechen, denn er wurde ergriffen und förglich aus dem Hause entfernt; auch wurde Anweisung gegeben, ihn nie wieder einzulassen.

* Die englische Presse, allen voran die 'Times', macht gegenwärtig Versuche, die Kluft zwischen England, Deutschland und Frankreich, Ersteres wird in dem ostasiatischen Vorgehen als „Inländer-Kunstreifer“, Deutschland als „Schlepper“ und Frankreich als der „einigelechte Teil“ dargestellt. Man braucht die Sache nicht allzu ernst zu nehmen. Das Ansehen Englands hat durch seine vorsichtige Zurückhaltung natürlich gelitten, wie in den letzten Jahren oft in auswärtigen Fragen, und daher der Aerger.

Rußland.

* Dem russischen Unterstaatsminister soll eine Erhöhung des Jahresbudgets um 3 Mill. Rubel zugewiesen werden, die speziell für die Bedürfnisse der Volksschulen bestimmt ist.

Balkanstaaten.

* Königin Natalie ist am Freitag in Belgrad eingetroffen; sie wurde von der Bevölkerung mit warmem Entusiasmus empfangen, der aber wohl weniger ihrer Person, als ihrem Gesandnis zu Milin entsprang. Der Staatsschatzpräsident Nikolajewitsch überreichte der Königin eine Adresse, worin sie als leuchtendes Vorbild ehelicher Hingebung, als Wohlthäterin des Landes gefeiert wird. Die Tage, in denen solche Anmahnungen (ihre Ausweisung) geschehen konnten, seien für immer vorbei. Die Stupitschina rufe ihr — als freier Dolmetscher der Nation — zu: „Sei uns willkommen, erhabene Königin! — Wo momentan König Russik! weiß, wo man nicht; doch sind die Gerüchte von seinem plötzlichen Ableben sicherlich unbegründet.“

* Aus Belgrad wird gemeldet, die Radikalen forderren die Wiederherstellung der Verfassung von 1868 als Bedingung der Kabinettsbildung, was der König unbedingt verweigerte. Die Lage ist schwierig, weil auch die Fortschrittler die Kabinettsbildung an Bedingungen knüpfen, die für den König unannehmbar sind. Es ist ein einstweilen Weiterverbleiben des Kabinetts Christlich oder ein gemäßigtes Koalitionsministerium wahrscheinlich. Milin soll dem Könige geraten haben, das Kabinetts Christlich zu behalten, oder die Lösung der Krise aufzuschieben.

Asien.

* Zur Lage in Ostasien wird gemeldet, daß, nachdem Japan auf die Halbinsel Liao-Tong und Port Arthur verzichtet hat, die russische Regierung betriebligt und die Angelegenheit ab-

geschlossen sei. Die militärischen Vorbereitungen beim. Die Mobilisation im äußersten Osten Sibiriens wären daher auf telegraphischem Wege eingestellt worden.

Deutscher Reichstag.

Am Donnerstag wird die zweite Beratung der Militärvorlage fortgesetzt. Der Präsident macht die Mitteilung, daß ein Antrag Gröber und Göttsen eingegangen sei, in § 111 einzuschalten: „Zum inhaltlichen Angriff gegen einen Beamten während der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes.“ — Justizminister Schöndert erklärt, die Regierung lege auf die Annahme der §§ 113, 114 in das Gesetz das größte Gewicht, und es werde euent. das Schicksal der Vorlage hiervon abhängen. In der ersten Lesung hätten die maßgebenden Führer der Parteien große Aussichten eröffnet, fest beschließen sich für die größtmögliche Zurückhaltung. Er hege die Hoffnung, daß der Antrag v. Loewen zur Annahme gelange, das namentlich auch das Zentrum dafür stimmen werde. Wenn das Zentrum bei der Ablehnung beharre, befürchte es nur die Geschäfte der Sozialdemokraten. — Abg. Lenzmann (fr. Bgg.) behauptet, diese Vorlage sei auf Einflüsse von außen zurückzuführen, auf anarchische Attentate und parlamentarische Anregungen. Was sei denn geschehen, daß ein solches Gesetz notwendig sei? Im vorigen Frühjahr habe ein Attentat auf den französischen Präsidenten stattgefunden, darum könne man doch kein Anarchistengesetz machen, das wäre die Theorie vom toten Hunde, wegen dessen man alle Hunde töten müsse. Der heute eingebrachte Antrag Gröber sei außerordentlich bedenklich und nähere sich stark dem Antrag der Konfessionellen. Er warne davor, im allzu großen Vertrauen zur richterlichen Tätigkeit einer solchen Kaufschlusparagrafen anzunehmen. — Minister des Innern v. Röllner: Die Behauptung, daß nicht ausreichendes Material beigebracht wäre, sei insinuirlich; es seien der Kommission 20 Aktenstücke revolutionären Charakters vorgelegt worden. Der Abg. Benjann hat gesagt, die Sozialdemokraten seien ganz gute Bürgerrechte und formlose Geister. Er könne ihn belehren, daß die Sozialdemokraten doch ganz andere Leute seien, wie aus Brecherschriften und Versammlungsbüchern neuerer Zeit hervorgehe. Er hoffe, daß die Vertreter der Nation die Vorlage annehmen werden. Abg. Bebel (soz.): Der Gesetzentwurf ist das Produkt einer Stimmung, wie seiner Zeit die lex Heinze. Der Anstoß kam diesmal aus dem Ausland, der Nord-Carnot. Das Material der Regierung aus dem Ausland ist durchaus ungenügend. Sie verkennen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft. Wie die feudale Gesellschaft vom Liberalismus gestürzt wurde, so wird an die Stelle dieser der Sozialismus treten, und zwar wenn das Ständebewußtsein des Proletariats gemehrt sein wird. Sie werfen uns Angriffe auf das Christentum vor, vergessen Sie nicht, daß Christus in den Augen der Römer ebenso ein Feind der Staatsreligion war, wie wir als Gegner des Christentums erscheinen. Sie wollen jede geistliche Betätigung der Sozialdemokratie, Kampf für Lohn und Arbeitszeit, unmöglich machen. Das ist fanatisch, das treibt zum Wahnsinn, das will verhinndern wollen. Das bedenkliche Gesetz kann eben gewaltigen Umsturz von Seiten der Sozialdemokraten zurückschieben. Die Vorlage entspricht daher keinem Bedürfnis des Staats. Das Anlage-monopol des Staatsamts führt ja schon heute dazu, daß Anlagen gegen unermessen leicht erhoben werden; Spuren von Verbrechen in höheren Kreisen werden nur verfolgt, wenn nichts mehr zu bemerken ist. Der Fall Kope beweist, daß es heute noch ebenso ist. Kein Staatsanwalt ist gegen das Duell eingeschritten. Ein armer Teufel, der für seine heiligsten Rechte eintritt, wird gewagt, wenn er etwas ungeschickt ist. Solch ein Beispiel und solche Beispiele aus den höchsten Kreisen unter Billigung der Allerpächsten Stelle befördern den Umsturz. (Präsident v. Buel unterbricht den Redner.) In Berlin ist es kein Geheimnis, daß politische Vergehen vor den einzelnen Kammern verhandelt werden. Und da wollen Sie die Macht der Richter noch vermehren? Solch ein Monstrum muß man abweisen. — Justizminister Schöndert weist einige Angriffe des Redners auf die Justiz, speziell in betreff des Falles Kope, zurück. Sowohl gegen Herrn v. Kope wie gegen Herrn v. Schröder sei Anklage erhoben. — Abg. Jehr v. Homburg (Weist.) erklärt, da die Kommission in die Vorlage keine Bestimmungen über den Umsturz von oben“ aufgenommen habe, so sei die Abstimmung seiner Partei gegen dieselbe entschieden. — Abg. Schall (kons.) betont, daß Bebel aus einer falschen Ueberzeugung spreche, er verheie es, daß die geschichtlichen Thatfachen zurecht zu brechen. Die Redeweise Bebel's und Auer's beweise, wie notwendig ein Schutz der Religion sei. Auch seine Partei wolle einen Fortschritt in der Kultur, aber in anderer Weise als die Sozialdemokratie. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf

berichtigt eine Bemerkung des Vorredners dahin, daß kein Offizier durch Spruch des Ehrengerichtes zum Zweifelskampf gezwungen worden sei.

Die Beratung des § 111 der Militärvorlage wird am Freitag fortgesetzt. Abg. Gröber (Centr.): Es werde garmannt, daß eine Ablehnung dieses Gesetzes nicht unwillkommen wäre, um an hoher Stelle zu beweisen, daß der Weg der gemeinen Rechts ungangbar wäre. Diese Behauptung, soweit sie etwa sich auf den Herrn Reichskanzler beziehe, müsse er energig zurückweisen; dies werde gewis keine Scheinmahnung aufführen. Nach den Worten des Herrn v. Röllner sei der Reichstag nur noch ein Gesetzgebungsautomat, in dem man Gesetzentwürfe hineinwürfe, um auf der anderen Seite fertige Gesetze bezu. Selber herauszugeben. Gegen eine solche Behandlung seitens des Herrn Ministers müsse er namens der höchsten Partei des Hauses Protest einlegen. Nach der Befassung durch den Reichstag nicht nur bei der Gesetzgebung zum Zweck, sondern auch die Ausübung der Gesetzgebung zu übernehmen. Was die Rede des Justizministers betreffe, so lasse sie sich dahin zusammenfassen: Springs über den Stof. Die dem Zentrum zu teil gewordenen Belegungen seien es zurecht, das Zentrum gebe seine eigenen Belegungen. Das Zentrum habe den Widerstand gegen Staatsbeamte nie für sitlich erlaubt gehalten; über die juristische Strafbareit herrsche zum mindesten Meinungsverschiedenheit. Das Zentrum ziehe selbstverständlich alle seine Erfahrungen aus der Kulturkampzeit zu Rate; trotzdem habe es die Vorlage sachlich geprüft und beraten. Gegen die Aufnahme des § 113/114 habe er starke Bedenken. Soweit ein praktisches Bedürfnis vorliege, denselben einzubestimmen genüge sein Antrag. Das Zentrum habe das seinen gethan und könne die Verantwortung für die Ablehnung der Vorlage nicht tragen. — Justizminister Schöndert erwidert, der Vorredner habe angegeben, daß eine Konträre die gegen den Reichskanzler beziehe. Das sei unbegründet, und so lange keine Ueberzeugung des Reichskanzlers erlange, müsse er diese Abg. Gröber die Berechtigung zu solchen Behauptungen bestreiten. Er habe nicht den Veru, hier die politische Mittelstraße zu machen, er sage offen, was er denke. Belegungen des Zentrums habe er nicht beachtet. Die bisherigen Verhandlungen über das Gesetz hätten den Verlauf genommen, daß der Regierung Vorschläge in die Hand gedrückt werden sollten, die sie nicht verlangt hat und von denen sie keinen Gebrauch machen könne. — Abg. Sigl (lib.) behauptet im Namen des bayerischen Bauernbundes das Gesetz in jeder Form ab. Mit diesem Gesetz werde man den Sozialdemokraten gegenüber, die doch erklärte hätten, unter keinen Umständen Gewalt anzuwenden zu wollen, keine Erfolge erzielen. Wozu streiten wir und eigentlich hier noch herum? Wie thun wir das besten, die Vube zu schließen. Vor allem möge man den Militärparagrafen ablehnen, der den Militarismus erhöhen werde. So wie Herr v. Röllner würde in Bayern niemals ein Minister zu werden wollen. Er werde nicht im Namen der Regierung gesprochen haben, an deren Spitze ein Mann von Schill stehe. — Abg. Bartsch (fr. Bgg.) vertritt seinen Antrag, die Duellparagrafen 201 und 205 des Strafgesetzbuches in den § 111 aufzunehmen. Wenn das Duell bestraft werde, müsse auch dessen Morifikation bestraft werden, um so mehr, als es sich hierbei um privilegierten Klassen handele. — Abg. Spahn (Centr.) betont, daß das Zentrum eine besondere Regelung des Duellrechts im § 210 habe herstellen wollen, dieser Antrag sei aber in der Kommission abgelehnt worden. — Abg. v. Sallitz (kons.) spricht sich gegen den Antrag aus, durch den auch die fudensischen Schlägermaßnahmen getroffen würden. — Abg. Bebel (soz.) bebricht eine Reihe von Duellen der letzten Zeit. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf erwidert, in der Armer bestche der Grundlag, Ehrenhandel meinten irgend möglich auf friedliche Weise zu beilegen, wenn aber der Offizier in Verteidigung der eigenen Ehre zur Waffe greife, so müßten ihm mildderen Umstände zugestimmt werden. — Auf Antrag des Präsidenten v. Buel wird sodann über die eingebrachten Anträge geordnet beraten, zuerst über den Antrag v. Loewen u. Gen., dann über den Abänderungsantrag Barth. — Die Abstimmung über § 111 erfolgt endlich ohne Ablehnung in allen Fassungen. — Hierauf wird die Weiterberatung vertagt.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus hielt am Freitag nur eine kurze Sitzung ab. Eine Reihe kleinerer Vorlagen wurden in erster bzw. zweiter Lesung fast ohne Debatte erledigt und mehrere Wahlen nach den Vorschlägen der Kommission für gültig erklärt. Außerdem stand noch der Kommissionsbericht über den Interpellationsentscheidungsbericht über den Interpellationsentscheidungsbericht über die Förderung der körperlichen Erziehung der Jugend auf der Tagesordnung. Nach längerer Debatte wurde eine von der Kommission vorgeschlagene Resolution angenommen, die sich für die Förderung der Jugendspiele und des Handwerks-Lehrantenrechts ausspricht.

Ein Glückskind.

14]

Die Alte weinte laut auf:
„Ach Gott, wie gut sie ist. Ich glaubte, der Respekt, weil Sie doch die Herrschaft sind, und ich —
„Um Gotteswillen!“ fiel Rose ein. „Nicht weiter, Nittern! Es kleidet dabei, was ich eben sagte. Meinst du, ich vergäße es, daß ich nur die Prinzessin vom Pantoffel bin?“
„O, das garstige Wort!“ brach hier die Alte los. „Die's erfunden hat, war wohl nur neidisch, daß der Pantoffel golden und daß es Äschenbrödel war, die ihn trug; sie würde gewis wie die neidischen Stiefschwester ein Stück vom Fuß abschneiden, um ihn selbst anziehen zu können.“
„Sieh, sieh.“ lachte Rose schon wieder, „wie hübsch; Kamsell, Kamsell, du gewinnst in meinen Augen.“
Die Alte aber lächelte jetzt auch und sagte voll Würde:
„Man ist ja auch nicht ganz ungebildet.“

Herr Felix Poppau schritt im Jagdstück durch die Wäldchen dahin. Er achtete wenig auf die Wildzeichen, denn er bräutete still für sich hin. Die beiden großen Schweifhunde umsprangen ihn zuerst lustig bellend, gingen dann aber den Spuren des Wildes nach.
Herrn Poppau war durchaus nicht wohl zu Mut: er fühlte das scharfe Regiment Blidds

recht unwohlthuend und unharmonisch in sein schuhbercit. Dazu kam, daß seine Frau seit kurzem immer recht düster und unliefsam gestimmt war. — Was hatte sie nur? — War es ihr vielleicht zu Ohren gekommen, daß er auf der letzten landwirtschaftlichen Versammlung hoch gespielt und verloren hatte? „Jm“, brumme er, „das ruiniert Keu-Gut noch lange nicht! Allerdings, in der Ordnung ist es nicht.“
Die Hunde schlugen an.
Mit dem Traum war es nun aus, Herr Poppau stand der realen Wirklichkeit wieder gegenüber.
Vor ihm lag eine Dichtung und auf derselben kniete eine Gestalt, die augenscheinlich einen Rehbock ausweidete.
Poppau lockte die Hunde hinter sich, umkreiste die Dichtung schuhbercit und schnitt dem Wild-diebe den Rückweg nach dem Loch und dem Dickicht dahinter ab.
Der Wilddieb mußte sich sehr sicher fühlen, denn er merkte von alledem nichts.
Nun durfte Poppau es wagen.
„Halt!“ gebot er.
Der Wilddieb sprang auf und griff zur Wäsche, aber Poppau hielt die seinige bereits im Anschlag.
„Die Wäsche zur Erde oder ich schieße!“ gebot er.
Der Wilddieb zögerte.
„Es näht kein Widerstand mehr!“ schrie Poppau nun. „Ich habe dich bereits erkannt, Jürgen.“
Auf dieses hin warf der Genannte sein Gewehr nieder.

Jetzt kam Poppau heran, aber noch immer schuhbercit.
„Sieh“, sagte er dann, „du bist es, roter Jürgen? Ich habe es mir doch immer gedacht.“
Der rote Jürgen war der Sohn eines seiner Tagelöhner.
„Trage das Wild zehn Schritte fort!“ gebot Poppau.
Der andere that's schweigend und mürrisch. Inbes verscherte sich Poppau des Gewehres und schloß es ab. Es war eine einläufige, alte Wäsche, während er selbst einen doppeläufigen Magazin-Dinterlader besaß.
„Warum wilderst du?“ fragte Poppau, ganz nahe herangekommen.
Der rote Jürgen blinnte auf.
„Es ist die Not, Herr Poppau, die mich treibt“, sagte er.
„Die Not? Warum kommst du nicht zu mir?“
Der rote Jürgen blickte zur Erde nieder.
„Trage mir den Rehbock nach dem Herrenhaufe!“ gebot Poppau.
„Das will ich!“ entgegnete Jürgen. „Aber sagen Sie mir, Herr Poppau, ob Sie mich anzeigen wollen. Thun Sie es nicht, Herr Poppau.“
„Das kommt auf dich an, Jürgen!“ lautete die Antwort. „Wenn du mir verprückst, das Wildern zu lassen, will ich für dich sorgen!“
„O, ganz gewis, Herr Poppau.“
„Gut, heute nachmittag um 4 Uhr melde dich bei mir.“
„Ja, Herr Poppau.“
Er lieferte den Rehbock in der Küche ab und ging seiner Wege, Herr Felix aber erzählte Frau Blidd die Umstände des Rencontres.

„Und du hast diesen gefährlichen Menschen frei gelassen?“ fragte Frau Poppau ganz küstert.
„Aber meine Liebe,“ entgegnete der ganz verplezte Hausherr, „was sollte ich denn —“
„In den Gerichten anzeigen.“
„Ich will die Sache erst untersuchen! Heute nachmittag um 4 Uhr soll er sich melden.“
„Dann möchte ich dabei sein.“
„Natürlich, meine Liebe.“
Herr Poppau brachte nun nach verschiedenen Nachheren noch manches über Wilddieberei herans, ja, daß sogar im Park von Neu-Ott und Birtau Juchstapen auf Wilddiebe gefaßt.
„Das ist ja schrecklich,“ meinte Frau Blidd. „Da ist man ja seines Lebens im Hause nicht sicher.“
Der rote Jürgen erschien pünktlich und vollständig zertührt und kleinlaut.
„Bleibt du wohl,“ sagte Herr Poppau, „ob du ein Jahr Gefängnis erhältst, wenn ich dich anzeigen?“
„Ja, Herr Poppau! Aber nicht wahr, Sie thun es nicht? Sie richteten uns damit alle zu Grunde! Meine alte Mutter ist so lange krank, und der Tagelohn reicht nicht hin, alles zu bestreiten.“
„Du konntest ja zu mir kommen.“
„Ich würde nicht —!“ stotterte Jürgen.
„Ach was, ich bin kein Vorkuh!“
Blidd Poppau nickte und verbeiferte:
„Wir sind keine Barbaren! Aber sagt, Jürgen, Ihr seid selbst im Park gewesen!“
„Hier nicht, gnädige Frau!“
Die „gnädige Frau“ schmeichelte Blidd.